
Religionsgemeinschaften fordern mehr Schutz für Flüchtlinge

Mittwoch, 07. Nov 2018

Juden, Christen und Muslime äussern sich  zum ersten Mal gemeinsam zu Flüchtlingsfragen. Sie sind alle im Schweizerischen Rat der Religionen vertreten. Die jüdische Religionsgemeinschaft wird durch den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG repräsentiert. Die im Rat vertretenen Religionsgemeinschaften fordern ihre Mitglieder auf, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Gleichzeitig appellieren sie an die Adresse des Staates und der Politik, Verantwortung für die Bedürfnisse von Flüchtlingen zu übernehmen. Unterstützt wird das Projekt vom UNO-Flüchtlingshilfswerk. Der Festakt zur Unterzeichnung findet heute in Bern statt.

Wenn es um den Schutz von Flüchtlingen und deren Integration geht, kommt den Religionsgemeinschaften und ihren Organisationen eine tragende Rolle zu. Vor diesem Hintergrund hat der frühere Flüchtlingshochkommissar und heutige Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres 2012 den internationalen Dialog «Faith and Protection» angestossen. Die Religionsgemeinschaften sollten sich in diesem Sinn auch zukünftig für den Flüchtlingsschutz einbringen. Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften haben dieser Aufforderung Folge geleistet und nehmen mit ihrer gemeinsamen Flüchtlingserklärung nun eine Vorreiterrolle ein.

Fünf Appelle für einen starken Flüchtlingsschutz

Die Religionsgemeinschaften haben fünf Appelle zur Schweizerischen Flüchtlingspolitik formuliert, die sie in Form einer gemeinsamen Erklärung veröffentlicht haben. Darin thematisieren sie den Schutz vor Ort, der ein wichtiges Ziel der Schweizer Flüchtlings- und Aussenpolitik sein soll. In der Schweiz braucht es gemäss Erklärung zudem faire und effektive Asylverfahren, in denen der Flüchtlingsbegriff gemäss Genfer Flüchtlingskonvention umfassend angewendet wird. So sollen von Bürgerkrieg betroffene Menschen den Flüchtlingsstatus statt

einer vorläufigen Aufnahme erhalten. Unerlässlich sei auch, dass dem Recht auf Familienleben Rechnung getragen werde, sowie eine frühzeitige Integration von Flüchtlingen. Insbesondere in diesem Bereich können Religionsgemeinschaften ihren Beitrag leisten, indem sie Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe und individuelle Initiativen starten, tragen und unterstützen. Für Flüchtlinge wiederum ist gemäss Erklärung die Respektierung hiesiger Regeln zentral, um sich integrieren zu können und Teil dieser Gesellschaft zu werden. Selbstredend gelten auch für sie die in der Bundesverfassung verankerten Werte. Weiter wird eine Rückkehr in Würde für Personen gefordert, welche die Kriterien für die Schutzgewährung nicht erfüllen. Dazu gehören menschenrechtliche Standards beim Vollzug der Wegweisung und die Beachtung des Kindeswohls in jeder Situation. Der fünfte und politische aktuellste Appell bezieht sich auf das sogenannte «Resettlement»: Der Staat und die Politik werden konkret dazu aufgefordert, die Wiederansiedlung von Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten langfristig als Instrument der Schweizer Asylpolitik zu institutionalisieren.

UNHCR spricht von «Vorzeigeprojekt»

Das UNHCR-Büro für die Schweiz und Liechtenstein hat die Realisierung der Interreligiösen Erklärung zu Flüchtlingsfragen unterstützt. Gemäss Anja Klug, Leiterin des Büros und somit Vertreterin des UNHCR in der Schweiz, ist dieser nationale Dialog von grosser Bedeutung: «Die interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen, als Ergebnis einer Zusammenarbeit von UNHCR und Religionsgemeinschaften in der Schweiz, ist ein wichtiges Vorzeigeprojekt, das hoffentlich auch in weiteren Ländern Schule macht.»

Am Festakt zur Unterzeichnung treffen sich heute in Bern Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaft, des UNHCR und als Gast Vize-Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti. In kommenden Tagen wird es ausserdem mit den verantwortlichen Bundesstellen in der Schweiz einen Austausch zur Flüchtlingserklärung geben.

Mehr Informationen: <https://www.5appelle.ch/>

Download:

[Interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen](#)

[Fünf Appelle zum Schutz von Flüchtlingen an die Religionsgemeinschaften](#)